

Bürokratische Hürden senken

Integration Bei einer Gesprächsrunde mit Thorsten Frei äußerten verschiedene Sozialverbände ihre Wünsche für den Umgang mit ausländischen Fachkräften.

Villingen-Schwenningen. Die Initiative Bleiberecht ist ein Verband aus über 150 Unternehmen, die geflüchtete Menschen in ihren Betrieben beschäftigen. Ihr Ziel ist es, mit einer entsprechenden Formulierung das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Duldungsregelung in Deutschland dahingehend anzupassen, dass integrierte, arbeitsfähige Flüchtlinge auch mit abgelehntem Asylantrag in Deutschland bleiben dürfen.

Dazu veranstaltete Martin Hayer, Leiter des Schwenninger AWO-Seniorenzentrums, eine Gesprächsrunde mit Vertretern aus verschiedenen sozial tätigen Organisationen und mit Thorsten Frei, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion und Wahlkreisabgeordneten.

„Es ist widersinnig, ausgebildete Arbeiter abzuschieben.“

Martin Hayer

Leiter AWO-Seniorenzentrum

Zunächst schilderte Hayer, inwiefern er als Heimleiter und Mitglied der Unternehmerinitiative Bleiberecht von der derzeitigen Handhabung mit abgelehnten Asylantragstellern betroffen ist. „Wir haben einen Pflegenotstand in Deutschland“, fing er an. „Und es ist widersinnig, Pflegekräfte, ob in der Ausbildung oder nicht mehr, abzuschieben. Diese Leute werden hier dringend benötigt.“ Als Beispiel für erfolgreiche Integration nannte er seinen Mitarbeiter Lamin Chune, einen Gambier, der vor über zwei Jahren nach Deutschland gekommen ist. Er sei Auszubildender zum Altenpfleger und hervorragend sozial integriert. Christian Utischill vom Job Club VS betonte, dass es eben um die Flüchtlinge gehe, die derzeit schon in Deutschland seien und sich ausreichend integriert hätten.

Nicht nur Fachkräfte behalten

Frei räumte ein, dass es beim Gesetz über die Duldung von Beschäftigten und Auszubildenden noch Nachbesserungsbedarf gebe. Da müsse man praktische Lösungen für den Arbeitsmarkt finden. Für ihn sei aber auch die Qualität der Beschäftigung von Bedeutung. Davon müsse abhängig gemacht werden, wer bleiben dürfe und wer nicht.

Nicht ganz einverstanden zeigte sich damit Florije Sula, die Geschäftsführerin der evangelischen Altenhilfe in St. Georgen. „Wir finden nicht einmal mehr

genügend Reinigungskräfte“, beklagte sie sich. Warum solle man nicht mit den Flüchtlingen arbeiten, die schon im Land sind, ganz unabhängig davon, ob sie Fachkräfte seien oder nicht.

Hohe bürokratische Hürden

Viele der arbeitslosen Flüchtlinge in Deutschland arbeiteten deswegen nicht, weil die Hürden in der Verwaltung dermaßen hoch seien, fand Utischill. Hayer beschrieb dazu die Mühen, die er regelmäßig habe, Flüchtlinge im Pflegeheim einzustellen. Ein anderer Mitarbeiter, der in Zukunft auch eine Ausbildung zum Altenpfleger beginnen wolle, der Iraker Kamal Sadik Ageed, warte bereits seit zwei Jahren auf eine Antwort auf seinen Asylantrag. Solange gelte er nur als „geduldet“.

Auch dem widersprach Frei nicht. Zwar seien zwei Jahre durchaus ungewöhnlich lang, aber er begründete die Wartezeiten bei solchen bürokratischen Vorgängen ebenfalls mit Fachkräftemangel. „Den gibt es nicht nur in der Pflege. Auch Konsulatsmitarbeiter wachsen nicht an Bäumen“, verglich er.

Eine dieser bürokratischen Hürden sei, dass von Kreis zu Kreis die Ausländerregelungen unterschiedlich seien, bemängelte Utischill. „Reduzieren Sie die Bürokratie“, forderte Carolin Graf, Personalleiterin des Caritasverbands Schwarzwald-Baar.

Reinhold Hummel vom Arbeitskreis Asyl in Schwenningen verglich die heutige Einwanderungssituation mit den 60er-Jahren, als viele Russlanddeutsche ins Land kamen. Nach 60 Jahren seien diese Personen bestens integriert, obwohl die Integrationsarbeit damals nicht ansatzweise so gut funktioniert habe, wie es die heutige tue. Martin Hayer forderte, die Menschen, die eindeutig integrationswillig seien, für ihre Mühen zu belohnen und nicht wegen eines abgelehnten Asylantrags abzuschieben.

Zur Sprache kam auch eine Pressemitteilung des baden-württembergischen Ministers für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl. Darin kündigte dieser an, dem Bund vorausgreifend Ermessensduldungen zu erteilen und es damit bestimmten ausländischen Arbeitern und ihren Familien zu ermöglichen, im Land zu bleiben, obwohl sie noch keine Beschäftigungsduldung erteilt bekommen haben.

Klaus Meusel vom Job Club VS bat Thorsten Frei, mit seiner politischen Macht dafür zu sorgen, dass diesen Worten nun auch Taten folgen. *mnp*



Klaus Meusel, Christian Utischill, Carolin Graf, Florije Sula, Martin Hayer (von links) und Reinhold Hummel (Zweiter von rechts) äußerten Thorsten Frei (Dritter von rechts) gegenüber ihre Forderungen zur einem anderen Umgang mit ausländischen Arbeitern. Kamal Sadik Ageed (rechts) und Lamin Chune (Vierter von rechts) sind Flüchtlinge und arbeiten im AWO-Seniorenzentrum. *Foto: Moritz Pahlow*